

Parlamentarische Bürgerinitiative

betreffend

Einführung eines Muttergehalts ab der ersten Geburt in Höhe von mindestens 1.500 € netto pro Monat

Seitens der Einbringer:innen wird das Vorliegen einer Bundeskompetenz in folgender Hinsicht angenommen:

Die Regelung der sozialen Absicherung, der Familienleistungen und Transferzahlungen fällt in die Gesetzgebungskompetenz des Bundes.

Dieses Anliegen wurde bis zur Einbringung im Nationalrat von _____ Bürger:innen mit ihrer Unterschrift unterstützt.

(Anm.: zumindest 500 rechtsgültige Unterschriften müssen für die Einbringung im Nationalrat vorliegen.)

Anliegen

Der Nationalrat wird ersucht,

Der Nationalrat wird ersucht, ein Muttergehalt ab der ersten Geburt einzuführen, das jeder Mutter unabhängig von Erwerbstätigkeit oder Partnerschaft zusteht und mindestens 1.500 € netto pro Monat beträgt.

Dieses Muttergehalt soll als eigenständige Leistung zusätzlich zu bestehenden Familienleistungen gewährt werden, um die gesellschaftliche Bedeutung von Mutterschaft, Betreuung und Erziehungsarbeit angemessen anzuerkennen und finanziell abzusichern.